

Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft,



Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die „Sachsen-Zeitung“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Preis: 2 Mark im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mark, bei Postbestellung 2,50 Mark. Einzelnummern 15 Pfennig. (Sonderausgaben für die Wochentage 10 Pfennig.)
Früher: Wilsdruffer Tageblatt

Anzeigenpreis: die 8 gepaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 2 gepaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 2 gepaltene Reklamereile im letzten Teil der Zeitung 100 Goldpfennig. Nachschlagsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschiedene Geschäftsstellen werden nach Möglichkeit angenommen bis vormittags 10 Uhr.
Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6

Die Sachsen-Zeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rössen u. a.

Nr. 117 — 83. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Dienstag 20. Mai 1924

Der Schiedspruch im Bergbau

Der große Kampf im Ruhrbergbau, der seine Wellen auch nach Mitteldeutschland und bis nach Oberschlesien hin gezogen hat, neigt sich — hoffentlich — seinem Ende zu. Er war so erdittert, wurde so harrköpfig durchgeführt bis zu einem unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruch der Arbeiterschaft, weil es um ein Prinzip ging, um einen Grundsatz. Und die Deutschen haben sich ja seit jeher mit Vorliebe wegen allerlei Grundsätze die Köpfe eingeschlagen.

Es ging diesmal um den Grundsatz des achtstündigen Arbeitstages, der bekanntlich bei den Bergleuten ein siebenstündiger ist, da ihnen die schwere Arbeit „vor Ort“ immer eine Arbeitszeitverlängerung vor den anderen Berufen brachte. Nur darum. Denn über die Lohnerhöhung hatte man sich geeinigt; sie betrug 15 % des bisherigen Schichtlohnes und bringt damit dem Bergarbeiter einen Lohn, der allerdings nur nominal höher ist als der Friedenslohn.

Es ging nun um die Arbeitszeit, um die seit dem Oktober der Kampf sich dreht, als der Bergbauverband, also die Bergwerksunternehmer, von sich aus die Einführung des achtstündigen Arbeitstages festlegten, damit freilich nicht durchdrangen. Schließlich einigte man sich auf ein Mehrarbeitsabkommen, das aber am 1. Mai abfiel.

Der jetzt gefällte Schiedspruch des Reichsarbeitsministers enthält nun die endgültige Festlegung der Siebenstundenschicht, verlängert aber praktisch diese Arbeitszeit durch die Bestimmung, daß ebenso grundsätzlich eine Mehrarbeit von einer Stunde „unter Tag“ und von zwei Stunden „über Tag“ durchgeführt wird. Für diese ein- bzw. zweistündige Arbeitszeit erhält der Arbeiter eine Vergütung entsprechend der geleisteten Stundenzahl, aber keinen „Überstunden“, also erhöhten Lohn, keinen besonderen Lohnzuschlag.

Diese Regelung, die also praktisch auf eine achtstündige Schicht mit Lohnerhöhung hinausläuft, soll bis zum 1. April 1925 unänderbar in Geltung bleiben und kann zu diesem Zeitpunkt mit einer zweimonatigen Frist gelündigt werden. Grundsätzlich sollen bei der Wiedereinstellung der Arbeiter — die ja ausgespart waren — nur solche ausgenommen sein, die sich schwerer Verletzungen, also vor allem wohl Arbeitsbeschädigungen, haben zuschulden kommen lassen; andere Maßregelungen dürfen nicht stattfinden.

Nun haben die Spitzengewerkschaften, haben aber dann vor allem die Bergarbeiter selbst das Wort. Sie müssen sich entscheiden, ob sie diesen Schiedspruch annehmen wollen oder nicht; denn die Unternehmerschaft hat soweit wir unterrichten sind, ihr Einverständnis mit dem Schiedspruch erklärt. Besonders von kommunistischer Seite wird heftig Sturm gelaufen gegen jede Arbeitszeitverlängerung, und diese Partei hat im Industriegebiet eine derartig große Anhängerzahl, daß sie mit den Sozialdemokraten, die mit dem Schiedspruch einverstanden sind, bereits konkurrieren können. Und sie hat politische, Klassenkämpferische Absichten und Pläne in den vierzehntägigen Kampf hineingetragen.

Die Bergarbeiterschaft hat sich schon seit langem, namentlich aber bei dem Abschluß der Ricum-Verträge, zur Mehrarbeit bereit erklärt, weil sie ein sah, daß bei dem Festhalten an der 6-Stundenschicht die Kosten dieser Verträge einfach nicht herangeführt werden konnten. 40 % der Kohlenproduktion sollten an die Enclume ab; wir verfügen also tatsächlich nur noch über knapp ein Drittel der Kohlenmenge, die wir noch im Jahre 1913 produzierten. Da ist also nicht mehr an eine Ausfuhr zu denken, die uns früher zum zweiten Kohlenausfuhrland der Welt gemacht haben, sondern noch immer importieren wir in großen Mengen englische Kohle. Im allgemeinen sind die inneren Krankheiten, die sich an die Revolution angeschlossen, im Bergbau ziemlich rasch überwunden worden, aber leider beginnt es nach einer Zeit der Ruhe jetzt wieder zu frischen. Bei dem Kampf haben sich auch Fäden hinübergeworfen nach England und nach dem Südsosten, weil man dort den deutschen Bergarbeiterkampf als eine grundsätzliche Auseinandersetzung über die Verbeibehaltung der achtstündigen Arbeitszeit betrachtet wissen wollte. Man wird jenseits der Grenzen darum mit dem Resultat des Kampfes nicht gerade sehr zufrieden sein.

Ob aber dieser Kampf nicht als weiteres Resultat die Veruche anderer Arbeiterkategorien haben wird, den achtstündigen Arbeitstag wenigstens grundsätzlich zurückzuerobern, muß wohl bejaht werden; denn auch die Metallarbeiter Rheinlands-Westfalens rüsten zum Kampf. Und das alles in einem Augenblick, wo wir derartig innere Streitigkeiten am allerwenigsten brauchen können.

Die Ruhrarbeiter lehnen ab

Essen, 18. Mai.

In einer Sonderkonferenz des Gewerkschaftsrates der Ruhrarbeiter wurde gestern nachmittags nach einem eingehenden Bericht über den Gang der Berliner Verhandlungen und mehrstündiger erregter Aussprache eine Entschlieung durchgebracht, in der die Bestimmungen des Schiedspruchs über den Mantelarif angenommen, dagegen die Bestimmungen über die Mehrarbeit im Ruhrbergbau einstimmig abgelehnt wurden, weil kein besonderer Schut-

Gegen die Loslösung Hannovers

(Eigener Fernsprecheidienst der „Sachsen-Zeitung“)
Hannover, 19. Mai. Das amtliche Ergebnis in der Volksabstimmung aus den Abstimmungsbezirken der Provinz Hannover lautet: Regierungsbezirk Hannover 124 818 Ja-Stimmen, Südsheim 82 691 Ja-Stimmen, Lüneburg 116 704 Ja-Stimmen, Osnabrück 33 666 Ja-Stimmen.

Die Belgier bei Mussolini.

(Eigener Fernsprecheidienst der „Sachsen-Zeitung“)
Paris, 19. Mai. Nach einer Havasmeldung aus Mailand hat die Unterredung Mussolinis mit den beiden belgischen Ministern Theunis und Homans gestern zwei Stunden fünfzehn Minuten gedauert. Die beiden Minister haben Mussolini über die Besprechungen Bericht erstattet, die sie kürzlich in London und Paris über die Frage der Reparationen geführt haben. Die drei Minister haben hierauf die verschiedenen mit dem Sachverständigenrat zusammenhängenden Fragen in friedlicher Zusammenarbeit überprüft. Der „Gaulois“ verzeichnet eine Brüsseler Meldung, wonach die belgischen Minister in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch wieder nach Brüssel zurückkehren werden. In maßgebenden belgischen Kreisen rechnet man bestimmt damit, daß die Frage der interalliierten Schulden von den drei Ministern erörtert werden wird, da diese Frage an die Annahme des Sachverständigenberichtes geknüpft wird.

Meinungsverschiedenheiten um Millerand.

(Eigener Fernsprecheidienst der „Sachsen-Zeitung“)
Paris, 19. Mai. In Pariser Deputiertenkreisen verläut, daß die Frage der Abhebung Millerands zu ersten Meinungsverschiedenheiten zwischen Herriot und Mitgliedern der republikanischen Partei sowie dem Bloc der Linken führen können. Herriot gibt deutlich zu verstehen, daß er sich mit dem Feldzug der Linkspresse gegen den Präsidenten nicht einverstanden erklären könne, und zwar mit der Begründung, daß keine Handhabe vorhanden sei, um den Präsidenten zum Rücktritt zu bewegen. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß Herriot, falls seine Freunde und Anhänger bei ihrer Auffassung über den Fall Millerand verharren, auf die Kabinettsbildung verzichten wird.

Dampfer „Columbus“ wieder in Deutschland.

(Eigener Fernsprecheidienst der „Sachsen-Zeitung“)
Bremen, 19. Mai. Der Lloyd-Dampfer „Columbus“ ist heute Nacht 12,55 Uhr nach glänzend verlaufener Fahrt von seiner ersten Reise wohlbehalten in Bremerhaven eingetroffen.

folgt erfolgt. In der Entschlieung wird zum Ausdruck gebracht, daß das Ergebnis der Berliner Verhandlungen in den Kreisen der Ruhrbergarbeiter lebhaftes Erregung und sogar Enttäuschung hervorgerufen habe. Die Forderungen werden aufgeführt, ihr Vertriebe zu öffnen. Für die Ruhrbergarbeiterschaft gelte die tarifliche Siebenstundenschicht unter Tage und die tarifliche Achtstundenschicht über Tage. Zum Schluß wendet sich die Versammlung an die Reichsregierung und die parlamentarische Vertretung des deutschen Volkes mit dem bringenden Ersuchen, die Unternehmer eventuell zur Öffnung ihrer Betriebe zu zwingen.

Aus Bochum wird gemeldet, daß auch die Ruhrkonferenz des alten Bergarbeiterverbandes sich für die Ablehnung des Schiedspruchs bezüglich der darin enthaltenen Mehrarbeit ausgesprochen hat. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands hat den Schiedspruch ebenfalls einstimmig abgelehnt. Ein gemeinsamer Aufruf der vier Bergarbeiterverbände begründet diese Ablehnung eingehend. Gleichzeitig wird in ihm gegen die kommunistische Dege Stellung genommen.

Ungeklärte innerpolitische Lage.

m. Berlin, 17. Mai.
Die Auseinandersetzungen über die Berechtigung der letzten Regierung, bis zum Zusammentritt des neuen Reichstages im Amte zu bleiben, spannen sich auch am Wochenende noch fort. Freitag hatte sich das Reichskabinett in einer Gesamtsitzung mit dem Gutachten der Sachverständigen und den sich daraus ergebenden Gesetzesvorlagen beschäftigt, war aber zu keinen Beschlüssen gekommen, da die Vorarbeiten noch nicht genügend vorgeschritten waren. In einer Besiehung scheint Klarheit zu herrschen: Das Kabinett Dr. Marx ist nicht gewillt, dem deutschnationalen Verlangen auf seinem Rücktritt nachzugeben. Es will sich nicht eher mit der Frage der Gesamtdemission beschäftigen, ehe nicht im Reichstag selbst in den interfraktionellen Verhandlungen Entscheidung darüber erzielt worden ist oder eine Mehrheit vorhanden ist, die sich über ein bestimmtes außen- und innenpolitisches Programm und die Zusammenfassung eines neuen Reichskabinetts geeinigt hat. Die Reichsregierung beabsichtigt vor den versammelten Reichstag zu treten und ihre bisherige Politik zu verteidigen. Die weiteren Entschlieungen hängen dann von der Stellungnahme des neuen Reichstages dazu ab.

Die blutigen Zusammenstöße in Fürstenwalde.

(Eigener Fernsprecheidienst der „Sachsen-Zeitung“)
Fürstenwalde, 19. Mai. Bei den Zusammenstößen die sich anlässlich der Weihe eines Gedenksteines für die Gefallenen ereigneten, wurden drei Schupo-Beamte durch Messerstiche schwer, zahlreiche andere leicht verletzt. 78 Kommunisten wurden verhaftet.

Günstige Ausichten für die Dollaranleihe.

(Eigener Fernsprecheidienst der „Sachsen-Zeitung“)
Paris, 19. Mai. Der New York Herald meldet aus Washington: In hiesigen Kreisen wird erklärt, Präsident Coolidge wäre der 100-Millionen-Goldmarkanleihe günstig gesinnt und zwar infolge seiner Unterredung mit dem New Yorker Bankier Otto Cahn.

Botenschaftsrat Wetterle.

(Eigener Fernsprecheidienst der „Sachsen-Zeitung“)
Paris, 19. Mai. Nach einer Havasmeldung aus Rom ist der Abce Wetterle zum Botenschaftsrat bei der französischen Regierung in Mailand ernannt worden.

Douglas bei Poincare.

Paris, 19. Mai. Poincare hat gestern vormittag den rumänischen Außenminister Douglas empfangen.

Drei britische Offiziere in Palästina ermordet.

(Eigener Fernsprecheidienst der „Sachsen-Zeitung“)
Paris, 19. Mai. Der Londoner Korrespondent des „Echo de Paris“ erzählt, daß am 12. Mai drei britische Offiziere in Palästina bei Gaza ermordet aufgefunden worden seien. Eine berittene Gendarmerieabteilung jagdet nach den Tätern, die man unter den Beduinen sucht, welche am 12. Mai einen französischen Posten angriffen.

Kriegsfurcht in Amerika?

(Eigener Fernsprecheidienst der „Sachsen-Zeitung“)
New York. General Pershing hat einen Brief an die nationale Verteidigungsgesellschaft gerichtet, in welchem er für größere Vorbereitungen für einen Krieg eintritt.

Von der Bildung eines Blocs der Mitte aus Zentrum, Deutschen Volksparteiern und Demokraten ist zurzeit keine Rede mehr. Auch die Betrachtungen über die Bildung eines nach rechts neigenden Blocs mit Einschluß der Deutschnationalen sind etwas in den Hintergrund getreten. Die Beratungen der verschiedenen Parteien und Parteileitungen reizen nicht ab — aber vorläufig bleibt die Lage noch vollkommen undurchsichtig.

England und die Reparationen.

Wahnung an Frankreich.
In einem längeren, sehr beachteten Artikel beschäftigen sich die Londoner „Times“ mit dem augenblicklichen Stande der mitteleuropäischen Politik.
Das Blatt kommt zunächst auf die Schwierigkeiten, die der neuen deutschen Regierung in der Behandlung des Sachverständigenratens entstehen müssen, zu sprechen. Die deutschen Konservativen, die gestärkt aus der Wahl hervorgegangen seien, ständen jetzt der Wahl gegenüber, entweder die Erfüllungspolitik der Regierung Marx zu unterstützen oder sie vorzüglich zum Scheitern zu bringen. Ihr Stimmengewinn stelle eine starke Reaktion auf die erniedrigenden Verhältnisse dar, in die Deutschland gebracht worden wäre, und die durch die Ruhrbesetzung noch verschärft worden seien. Es sei im großen und ganzen nicht schlecht, daß dieses Element der deutschen öffentlichen Meinung in die Arena politischer Verantwortlichkeit gebracht worden sei. Nun werde es sich darum handeln, wie sie sich verhalten werden.

Aber die britische Ansicht bestehe nicht der geringste Zweifel. Sie wäre immer und immer wieder auseinandergerückt worden: Das Sachverständigenratens müsse als Ganzes angenommen werden. Das sei die Politik aller Parteien in Großbritannien. Der Bericht sei amtlich vom Präsidenten der Vereinigten Staaten gebilligt worden. Es sei der einzige Plan, der in Betracht komme, und er stelle die einzige Hoffnung dar.
Frankreich habe jetzt Gelegenheit, in Deutschland größeres Vertrauen zu dem Sachverständigenplan zu erzeugen. Wenn Frankreich die politischen Gesandenen im Ruhrgebiet und im Rheinland freilasse und den Verbanneten gestatte, zurückzukehren, so würde das dem deutschen Volke zeigen, daß die Arbeit auf der Grundlage des Sachverständigenplanes nicht nur